



Protokoll Nr. 7

Sitzung von Donnerstag, 4. Februar 1999, 20.30 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident: Rolf Häberli

Anwesend:

Ernst Aebersold
Raymond Anliker
Thomas Balmer
Oskar Balsiger
Sven Baumann
Arnold Bertschy
Margrith Beyeler
Peter Blaser
Markus Blatter
Konrad Bossart
Peter Bühler
Michael Burri
Walter Christen
Marie-Louise Durrer
Marcel Eyer
Marcel Fankhauser
Thomas Fuchs
Hans Ulrich Gränicher
Adrian Haas
Ueli Haudenschild
Ursula Hirt
Stephan Hügli
Urs Jaberg
Alfred Jordi
Michael Jordi

Heinz Junker
Esther Kälin Plézer
Regula Keller
Andreas Krummen
Lilo Lauterburg
Annemarie Lehmann
Leslie Lehmann
Peter Linder
Edith Lörtscher
Nico Lutz
Edith Madl Kubik
Anton Maillard
Irène Marti Anliker
Mario Marti
Kurt Mäusli
Elsi Meyer
Barbara Mühlheim
Christoph Müller
Edith Olibet
Rosmarie Okle Zimmermann
Bernhard Pulver
Ruth Rauch
Hans Peter Riesen
Heinz Rub
Ursula Rudin-Vonwil

Erich Ryter
Beat Schori
Rudolph Schweizer
Franco Sommaruga
Barbara Spörri
Sylvia Spring Hunziker
Christoph Stalder
Ernst Stauffer
Michael Straub
Ueli Stückelberger
Béatrice Stucki
Margrit Stucki-Mäder
Peter Stucki
Hans-Ulrich Suter
Katharina Suter
Margrith Thomet
Luzius Theiler
Eva von Ballmoos
Kurt W. Weyermann
Hansjörg Wittwen
René Zimmermann
Andreas Zysset

Entschuldigt:

Heidi Flückiger Ehrenzeller
Jean-Daniel Flückiger
Liselotte Lüscher

Maria Regli Schmucki
Kurt Rüegsegger
Annemarie Sancar

Peter Sigerist

Vertretung des Gemeinderats:

Adrian Guggisberg
Kurt Wasserfallen

Entschuldigt:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Therese Frösch
Alfred Neukomm
Claudia Omar

Ordentliche Traktanden

Fortsetzung der Beratungen der Nachmittagssitzung

7 Sachplan Parkierung auf den Allmenden

Antrag Nr. 209

Der Stadtrat genehmigt den Sachplan Parkierung auf den Allmenden, Sockel- und Ergänzungsangebot, P + R (Plan Nr. 1300 / 4 vom 23. Juni 1998).

Für die PVK referiert *Ueli Stückelberger* (GFL). Im Rahmen dieses bedeutungsvollen Geschäfts müssen die Parkplätze auf dem Gebiet der Allmenden festgelegt werden. Die PVK hat versucht, einen Mittelweg zu finden. Verschiedene bereits getroffene Beschlüsse sind Ursache für den vorliegenden Sachplan. Der Richtplan zum ESP Bern-Wankdorf spricht von einem Sockelangebot von 2500 Parkplätzen. In diesem Richtplan werden die Standorte für die Parkplätze bestimmt, jedoch nur als Zwischenergebnis und nicht als Festlegung. Mit Stadtratsbeschluss vom 13. März 1997 wurde der Gemeinderat im Rahmen der Behandlung des Zonenplans Stadion Wankdorf beauftragt, dem Stadtrat bis Ende 1998 eine Vorlage betreffend Parkierung auf der Hinteren Allmend zu unterbreiten. Am 22. Januar 1998 hat der Stadtrat verlangt, dass der Zirkusplatz als Grünfläche gestaltet und keine Parkplätze vorgesehen werden. Im November 1998 wurde der Zirkusplatz im Stadtrat zum zweiten Mal beraten und beschlossen, den Kredit für die Leitungen zu bewilligen, der Gemeinderat wurde beauftragt, bis im Sommer 2008 eine neue Vorlage über die Gestaltung des Zirkusplatzes zu unterbreiten. Gestützt auf diese Beschlüsse hat der Gemeinderat einen Sachplan ausgearbeitet. Die heutige Zonenordnung ist eine Grünfläche auf dem ganzen Gebiet. Der Sachplan ist etwas Ähnliches wie ein Richtplan, kein Nutzungszonenplan und nicht grundeigentümergebunden, sondern nur behördenverbindlich. Weil der Boden der Stadt gehört, bindet dieser Sachplan die Stadt jedoch wie ein Nutzungszonenplan. Zuständig für den Sachplan ist nicht das Volk, sondern der Stadtrat. Die PVK ist vom Gemeinderat und der Verwaltung im Frühjahr 1998 über das vom Gemeinderat beabsichtigte Vorgehen vorbildlich informiert worden. Ein erster Entwurf wurde öffentlich aufgelegt. In der öffentlichen Mitwirkung wurden die Betroffenen, vorab die Quartierorganisationen angehört. Es sind 19 Stellungnahmen eingegangen. Einerseits wurden weniger, andererseits mehr Parkplätze gefordert. Gestützt auf diese Mitwirkung hat der Gemeinderat Änderungen am Sachplan vorgenommen. So soll der Zirkusplatz nur noch während der Übergangszeit bis zur Erstellung einer Parkieranlage im Gebiet Wankdorf als Parkieranlage dienen, und es wurde ein Bewirtschaftungsartikel aufgenommen. Der Stadtratsbeschluss zum Zirkusplatz wurde jedoch nicht berücksichtigt. Der Sachplan will aufzeigen, wo noch und unter welchen Voraussetzungen und wo nicht mehr parkiert werden darf. Im Richtplan ESP Bern-Wankdorf wird ein Sockelangebot von 2500 Parkplätzen definiert, die einzelnen Standorte sind jedoch nicht bestimmt worden. Diese Parkplätze sollen ganzjährig verfügbar sein. Sie sind nicht zu verwechseln mit Parkplätzen an Ergänzungsstandorten, welche nur bei Grossanlässen zur Verfügung stehen sollen. Der Richtplan ist behördenverbindlich, den Stadtrat bindet er jedoch nicht zwingend. Über die Parkflächen 7 und 8 sollte heute nicht diskutiert werden, denn sie sind nicht Gegenstand des Sachplans.

Die PVK hat vor allem über die Carparkplätze - mittelfristig werde ein Carparkplatz im Raum Neufeld gesucht -, die Bewirtschaftung der Parkplätze und über das Park and Ride Mingerstrasse diskutiert, das von der PVK aktiv unterstützt wird, damit vermehrt unterirdisch parkiert wird. Die Hauptanliegen der Kommissionsmehrheit waren folgende: Die Zahl der im Sockelangebot definierten Parkplätze soll nicht stark geändert werden, 2500 seien jedoch genug. Die Parkplätze sollen wenn immer möglich unterirdisch realisiert werden. Die PVK sprach sich zudem für mehr Grünfläche aus. Das bedingt, dass raschmöglichst am Rande der Agglomeration und nicht auf der kleinen Allmend Ergänzungsstandorte gesucht werden. Ein weiteres Anliegen war eine richtplankonforme Lösung.

Die PVK ging davon aus, dass zur BEA Parkplätze gehören. Es wäre nicht realistisch, eine Lösung zu suchen, womit sämtliche Parkplätze sofort gestrichen werden, sondern es sei eine wirtschaftlich tragbare Lösung für die BEA zu suchen. Die PVK beantragt Änderungen an Sachen, die nur als Zwischenergebnis festgelegt worden sind. Das Nordquartier soll so gut wie möglich entlastet werden. Hauptziel der PVK ist, möglichst schnell neue Grünflächen zu erhalten. Sie ist deshalb der Ansicht, dass mittelfristig Parkplätze auf der Kleinen Allmend aufgehoben werden müssen. Die PVK ist überzeugt, dass sie mit ihren Anträgen einen Mittelweg gefunden hat.

Ueli Stückelberger ist erstaunt über das Schreiben der SVP/JSVP der Stadt Bern. Er hofft, dass diese Art der Äusserung zu Stadtratsgeschäften nicht Schule machen wird. In den Schreiben der Gemeinden Ittigen und Ostermundigen wird kritisiert, das Sockelangebot werde verletzt. Dies stimmt jedoch nicht. Die PVK ist nicht gegen Ergänzungsstandorte, möchte sie jedoch andernorts als vorgesehen realisieren. Weiter wird auch von der BEA gerügt, der Sachplan liege nicht in der Kompetenz des Stadtrats, sondern in der Kompetenz des Gemeinderats. Die Gemeinden Ittigen und Ostermundigen sind jedoch nicht legitimiert, festzustellen, wer in der Stadt Bern für welchen Schritt zuständig ist. Der Stadtratsbeschluss vom 13. März 1997 wurde nicht angefochten, und der Gemeinderat musste eine entsprechende Vorlage unterbreiten. Auch der Gemeinderat hat immer die Meinung vertreten, ein Sachplan sei zulässig und liege in der Kompetenz des Stadtrats. Der Referent hofft, dass das Ganze nicht durch Beschwerden verzögert wird, denn das brächte im Endresultat keine Änderung.

Die PVK kam zum Schluss, dass die Vorlage gut präsentiert und anerkannt wird, dass eine Gesamtvorlage zu sämtlichen Parkieranlagen auf den Allmenden unterbreitet wird. Die Kommission empfiehlt deshalb Eintreten auf die Vorlage.

Die Fraktion GFL/EVP unterstützt die Haltung der PVK.

Peter Linder (SVP) beantragt im Namen der PVK-Minderheit Nichteintreten. Zum ESP Bern-Wankdorf gehören auch genügend Parkplätze. Ob das Sockelangebot von 2500 Parkplätzen, die Parkplatzergänzungsstandorte bei den Autobahnausfahrten und die 1500 Parkplätze auf der kleinen Allmend den Parkplatzbedarf bei Grossanlässen abdecken, ist fraglich. Es geht nicht an, den ESP Bern-Wankdorf zu forcieren und den Besuchern/Besucherinnen immer weniger Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Mit solchen Massnahmen wird der Messestandort Bern immer weniger attraktiv. Da die Stadtberner/Stadtbernerinnen für einen attraktiven Messestandort und den ESP Bern-Wankdorf sind, werden sie auch Ja sagen zu genügend Parkplätzen. Es ist ein grosser Vorteil, dass der Messestandort am Rand eines Quartiers liegt und kurze Anfahrtswege zu den Autobahnen bestehen. Auch für uns ist wichtig, dass genügend Parkplätze zur Verfügung stehen, da die öffentlichen Verkehrsmittel bei einem Grossandrang nicht innert nützlicher Frist alle Personen transportieren können. Uns ist auch sehr wichtig, dass das Nordquartier vom Suchverkehr befreit werden kann. Der Sachplan Parkierung auf den Allmenden ist unserer Ansicht nach überflüssig, da mit den Vertragspartnern und den Aussengemeinden vertragliche Vereinbarungen bestehen. Dazu kommt, dass der Stadtrat sachlich für dieses Geschäft nicht zuständig ist. Die Kompetenz für Verkehrsregelungsmassnahmen liegt beim Gemeinderat. Wir stellen den Ordnungsantrag, es sei sofort über Nichteintreten abzustimmen.

Ueli Stückelberger (GFL) entgegnet dem Vorredner, einen solchen Ordnungsantrag könne er nicht im Namen der PVK-Minderheit stellen, denn in der PVK sei Eintreten nicht bestritten worden.

René Zimmermann (SP) belehrt Peter Linder, ein Ordnungsantrag könne gestellt werden, wenn es um eine Änderung der Traktandenliste oder um die Erweiterung oder Reduktion der Redezeit gehe, d.h. wenn es um die Behandlung der eigentlichen Geschäfte geht. Ein Ordnungsantrag, womit Schluss der Diskussion verlangt wird, ist wohl zulässig, René Zimmermann findet es jedoch sehr fragwürdig, die Diskussion mit einem solchen Antrag abbrechen zu lassen.

Adrian Haas (FDP) hält fest, dass diejenigen Ratsmitglieder, welche auf der Rednerliste stehen, noch sprechen dürfen.

Der *Vorsitzende* schlägt vor, wie üblich die Fraktionserklärungen anzuhören und dann über Nichteintreten zu beschliessen.

Fraktionserklärungen

Thomas Fuchs (JSVP) für die SVP-Fraktion: Die Parkplatzvorstellungen für den Raum Allmend gehen weit auseinander. Einerseits würden die linken Ideologien und Träumer auf der Allmend am liebsten 0 Parkplätze bewilligen, andererseits gibt es die Utopisten, die am liebsten 10'000 Parkplätze hätten. Da der Richtplan ESP Bern-Wankdorf von allen Partnern rechtsverbindlich unterzeichnet worden ist, würde sich die Diskussion eigentlich erübrigen. Die Politiker/Politikerinnen haben jedoch die Gewohnheit, sich überall einzumischen und die Kompetenzen auch für Sachen wahrnehmen zu wollen, die ihnen eigentlich gar nicht zustehen. Das geschieht auch heute Abend, denn für diesen Sachplan ist der Stadtrat nicht zuständig. Die heutigen Entscheide sind deshalb sinnlos. Um unsere Rechtsmittel nicht zu verlieren, haben die SVP Stadt Bern sowie die JSVP vorgängig der heutigen Sitzung aufgrund des seit 1.1.1999 in Kraft getretenen Gemeindegesetzes betreffend Zuständigkeit zu Verfahrensvorschriften termingerecht eine Rüge eingereicht. Bekanntlich müssen die Fristen eingehalten werden. Unsere Fraktion fordert eine Vereinbarung gemäss Richtplan, hält jedoch fest, dass der Gemeinderat mit seinen Anträgen zumindest ein glaubwürdigerer Partner wäre als die PVK-Mehrheit. Die RGM-Mehrheit im Gemeinderat hat mit ihren Anträgen bewiesen, dass sie Stadtinteressen vor Parteiinteressen und -ideologien stellt. Es wäre zu wünschen, dass dies die übrigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch tun, nicht zuletzt im Interesse des Wirtschaftsstandorts Bern und im Interesse des Arbeitgebers BEA bern expo. Das nun erneut zur Diskussion stehende Gebiet wird als Entwicklungsschwerpunkt definiert, nicht als Abbaustandort. Der mit den Partnern abgeschlossene Richtplan für 2500 Parkplätze muss eingehalten werden. Es ist bedenklich, dass die Gemeinden Ittigen und Ostermundigen über die PVK-Anträge nicht orientiert worden sind. Die Zahl von 2500 Parkplätzen erachten wir als ungenügend, jede weitergehende Reduktion kommt einem Vertragsbruch und damit einer Kriegserklärung von links gleich. Parkplätze braucht nicht nur der Messeplatz Bern, sondern auch die Sportstadien und die Klubs YB und SCB. Es ist naiv zu glauben, mit 2000 Parkplätzen wäre der Verkehr in der Stadt Bern geringer. Die Folgen wären klar: ein weiteres Verkehrschaos des Suchverkehrs wegen, unnötige Leerfahrten und Umweltbelastung. Die gleichen Politiker, die Parkplätze reduzieren möchten, werden sich dann über Suchverkehr im Quartier beklagen. Einerseits wird der Standort Bern als Bildungsstandort gelobt, andererseits sind wir nicht bereit, den Leuten, welche in die Ingenieurschule nach Bern fahren, eine Parkiermöglichkeit zu gewähren. Einerseits wird die Bundeshauptstadt Bern als attraktiver Ort für Touristen gelobt, mit dem Car anreisen können sollen diese Touristen jedoch nicht, weil keine Carparkplätze zur Verfügung gestellt werden sollen. Es wird erwartet, dass die Messebesucher zu Fuss anmarschieren. Wir sollten glaubwürdig und realistisch bleiben, die Zukunft des ESP Bern-Wankdorf hängt massgebend davon ab, wie die Parkplatzregelung gestaltet wird. Es sollten nicht positive Punkte durch politisches Fehlverhalten in negative umgewandelt werden. Tatsache ist, dass Bern der einzige Messeplatz in der Schweiz ist, der über genügend ausreichend befestigte Freiflächen verfügt. Der Direktor des Zirkus Knie unterstützt die Ansicht, dass ein Mergelbelag auf dem Zirkusplatz völlig falsch wäre. Es können auch nicht Termine für die Aufhebung von Parkplätzen gesetzt werden, wenn heute schon absehbar ist, dass die Ersatzplätze auf diesen Termin nicht erstellt werden können. Der Neubau des Parkings auf der Fläche 5 ist alles andere als gesichert. Investoren sind keine in Sicht, und eine Finanzierung wird von den Banken sehr genau geprüft werden. Die Fraktion SVP lehnt die PVK-Anträge ab. Auch den Antrag des Gemeinderats lehnen wir ab, da wir der Ansicht sind, der Richtplan genüge. Wir sagen Nein zu einer Festschreibung definitiver Jahreszahlen zur Aufhebung von Parkplätzen, zu einer Reduktion der Benutzungstage von 50 auf 40, zu einer Änderung der Parkplatzzahl bei der Parkanlage Bolligenstrasse. Es bedeutet Augenwischerei, 1050 Parkplätze zu nennen, wenn diese an diesem Standort nicht erstellt werden können. Hier wird auf hinterhältige Art vorgetäuscht, dass die Parkplatzzahl erhöht werde, im Wissen darum, dass mit diesem scheinbar erhöhten Angebot 300 Parkplätze reduziert werden. Wir sagen Nein zu einer Reduktion des Sockelangebots. Wir lehnen somit alle PVK-Anträge ab. Diese

Ablehnung bedeutet ein Ja zu einem prosperierenden Messeplatz Bern, zu einer Mehrheit der Quartierbewohnerinnen und Quartierbewohner, die keinen Suchverkehr wollen, ein Ja zu einer umweltverträglichen Lösung des MIV und letztlich ein Ja zu einem fairen, ausgewogenen und parteiübergreifenden Kompromiss im Interesse der Stadt Bern.

Für die SP-Fraktion spricht *Oskar Balsiger*. Kaum irgendwo in der Stadt Bern prallen die Interessen des Wirtschaftsstandorts und des Wohnstandorts Bern so hart aufeinander wie im Bereich der Allmenden und der BEA bern expo. Es erstaunt deshalb nicht, wenn einige Leute möglichst jede Fläche in diesem Gebiet, die nicht durch Bauten belegt ist, mit einem Teerbelag versehen und als Parkplatz benützen möchten, während andere alles daran setzen, dass grüne Erholungsflächen vor dem Wirtschaftsstandort geschützt werden, bzw. dass Autos unterirdisch und nicht oberirdisch abgestellt werden. Mit Stadtratsbeschluss vom 13. März 1997 wurde der Gemeinderat beauftragt, bis Ende 1998 eine Vorlage mit dem Zweck Neuorganisation und Reduktion der Parkierfläche aus Rasengittersteinen zu unterbreiten. Dank diesem Auftrag hat der Rat der Vorlage Stadion Wankdorf zugestimmt. Die SP hat klar zum Ausdruck gebracht, dass die offene Allmend (vis-à-vis neues Stadion) wieder bis zur Papiermühlestrasse reichen muss. Bei der Behandlung des vorliegenden Geschäfts sah sich der Gemeinderat vor das Problem gestellt, einerseits sein Versprechen einzuhalten, im Wankdorf ein Sockelangebot von 2500 Plätzen anzubieten und andererseits die Stadtratsbeschlüsse umzusetzen. Im Zusammenhang mit der Vorlage Zirkusplatz hat der Stadtrat den Gemeinderat beauftragt, in der Grünfläche keine Parkplätze mehr anzubieten. Der Richtplan ESP Bern-Wankdorf ist ein Instrument der Regierung und das darin enthaltene Sockelangebot bindet die Legislative nicht. Trotzdem möchte die SP als stärkste Fraktion die Verantwortung mittragen und stellt dieses Sockelangebot nicht in Frage. In Frage stellt sie jedoch, wo und wie dieses Sockelangebot umgesetzt wird. Sie plädiert für eine Lösung, die dem Wohnstandort Bern mehr Gewicht gibt als das der vom Gemeinderat vorgelegte Sachplan tut. Die SP ist heute der Meinung, dass der Zirkusplatz, der in der Grünfläche liegt, einen befestigten, jedoch wasserdurchlässigen Untergrund erhalten muss, damit er für den Zirkus benutzt werden kann, und dass auf dieser Fläche auch Cars abgestellt werden können, soweit damit das Grün nicht in Frage gestellt wird und die Funktion des Stadions gewährleistet werden kann. Die SP hält jedoch an der Forderung: vis-à-vis des Stadions keine Parkplätze, fest. In Bezug auf die kleine Allmend sind wir der Meinung, dass für die sogenannten besonderen Anlässe, die dazu führen, dass auf der kleinen Allmend parkiert werden muss, nicht die Stadt Parkplätze anbieten sollte, sondern die Region und dass eine Lösung ausserhalb der Stadtgrenzen gesucht werden muss. Oskar Balsiger hält fest, dass es nicht zutrifft, dass 300 Plätze im Sockelangebot fehlen, wenn die Parkplätze vis-à-vis des Stadions nicht dauernd verwendet werden können. Solange das Parkhaus im Feld 5 nicht realisiert ist, fehlen 980 Plätze. Da ein solches Parkhaus nicht von einem Tag auf den andern erstellt werden kann, ist die SP der Meinung, dass die PVK-Vorschläge mit den Übergangsfristen sehr moderat sind. Wir sind deshalb für Eintreten und unterstützen die PVK-Vorschläge.

Für die Fraktion GB/JA! spricht Nico Lutz (JA!). Er wundert sich über die Argumente der SVP der Stadt Bern, die von rechtswidrigen und unzulässigen Anträgen der PVK spricht. Mit ihrer Meinung, die 2500 Parkplätze des Sockelangebots genügen nicht, stellen sie den Richtplan in Frage und werfen der RGM-Mehrheit gleichzeitig vor, sie akzeptiere den Richtplan nicht. Die Zahl von 2500 Parkplätzen hat der Gemeinderat behördenverbindlich festgesetzt, und der Stadtrat hat verschiedentlich festgehalten, dass er zu dieser Frage noch Stellung nehmen wird. Unter Umständen muss der Gemeinderat diesen Richtplan nachverhandeln. Von Rechtswidrigkeit oder Unzulässigkeit kann nicht gesprochen werden. Wir diskutieren heute über die räumliche Anordnung dieser 2500 Parkplätze, die auch wir nicht in Frage stellen. Rechtswidrig ist der heutige Zustand, die in der Grünfläche zonenwidrig erstellten Parkplätze. Es ist bedenklich, dass ein Sachplan festgelegt werden soll, der zonenwidrige Nutzungen festschreibt. Es ist nicht sinnvoll, wenn Parkplätze oberirdisch auf Grünflächen festgelegt werden, wenn sie unterirdisch angeordnet werden können. Wir verlangen, dass oberirdische Parkplätze aufgehoben und unterirdisch ersetzt werden. Es ist nicht Aufgabe der Stadt, für den MIV Parkraum zu subventionieren, sondern sie muss die planerischen Voraussetzungen schaffen, damit dieser Parkraum realisiert werden kann. Es kann das gebaut werden, was

finanzierbar ist. Die Möglichkeit wird mit den PVK-Anträgen geschaffen. Wir wollen zonenwidrige Nutzungen reduzieren und die im Richtplan festgesetzten Parkplätze ermöglichen. Wir bauen diesen Druck jedoch nur sanft auf und schaffen Möglichkeiten für unterirdische Parkplätze. Auch mit den PVK-Beschlüssen bestehen nach wie vor zonenwidrige Parkplätze in der Grünzone, d.h. die Vorlage ist nicht optimal. Wir sind jedoch bereit, diese Vorlage zu unterstützen, wenn den PVK-Anträgen zugestimmt wird. Obwohl auch die von Ursula Rudin-Vonwil kritisierten Parkplätze zonenwidrig sind, lehnen wir ihre Anträge ab, weil das Ergebnis der Verhandlungen in der PVK einen Kompromiss zwischen von uns Wünschbarem und mittelfristig Machbarem darstellt.

Adrian Haas stellt im Namen der FDP-Fraktion aus vier Gründen den Antrag, es sei auf das Geschäft nicht einzutreten.

1. Ein Sachplan ist der falsche Plan, denn zur Umsetzung der Verkehrspolitik sieht das Baugesetz Richtpläne und nicht Sachpläne vor.
2. Der Stadtrat ist nicht zuständig für den Erlass eines solchen Plans.
3. Der Sachplan widerspricht teilweise dem genehmigten Richtplan, und das nicht nur hinsichtlich der PVK-Anträge.
4. Der Plan ist unnötig, es braucht ihn niemand.

Sachpläne sind Pläne, die auf eine Entwicklung bestimmter Sachgebiete ausgerichtet sind, z.B. auf kantonaler Ebene die Strassen- und Hochbauprogramme. Beim Bund lösen Aufgaben wie die Erstellung nationaler Verkehrsinfrastrukturen (Sachplan Alpentransit), die Errichtung von Militäranlagen (Sachplan Waffen- und Schiessplätze) oder der Auftrag zur Sicherung der Landesversorgung in Notzeiten (Sachplan Fruchtfolgeflächen) Sachpläne aus. Beim vorliegenden Gegenstand handelt es sich indes um eine Konkretisierung eines bestehenden Richtplans. Hinsichtlich Parkierung und Verkehrsregime bei Grossanlässen wurde im ESP-Richtplan ein Sockelangebot von 2500 Parkplätzen für Besucherinnen und Besucher von Veranstaltungen im ESP-Gebiet behördenverbindlich festgesetzt. Die im Richtplan dargestellte räumliche Anordnung des Sockelangebots soll nun offensichtlich mit einem Sachplan weiter konkretisiert werden. Dafür steht das Instrument Sachplan gar nicht zur Verfügung! Auch das kantonale Baugesetz hält klar fest, dass die Verkehrsplanung und damit die Umsetzung der Verkehrspolitik in der Form von Richtplänen und nicht in der Form von Sachplänen zu geschehen hat. Im übrigen bestreiten wir ganz grundsätzlich, dass die genaue Parkplatzzahl parzellenscharf in einem Plan, sei es nun in einem Richtplan, einem Sachplan oder einem Nutzungsplan, festgelegt werden kann. Das bernische Baugesetz geht konzeptionell immer noch davon aus, dass die Anzahl Parkplätze je nach konkreter Nutzung im Einzelfall gestützt auf eine generell abstrakte Vorschrift im Baureglement oder in einer Überbauungsordnung im Baubewilligungsverfahren und nicht auf Stufe Planung festgelegt werden muss.

Planungsbehörde ist grundsätzlich der Gemeinderat, es sei denn, das Baugesetz oder ein Gemeindereglement sehe etwas anderes vor (Art.66 Abs.1 BauG). Es lässt sich beim besten Willen kein Gemeindereglement finden, das den Stadtrat für den Erlass von Sachplänen zuständig erklärt. Der blosse Beschluss des Stadtrats im Zusammenhang mit der Zonenplanung Stadion Wankdorf, der dem Volk nicht unterbreitet worden ist, reicht für eine Kompetenzbegründung klarerweise nicht aus. Es wäre im übrigen nicht sinnvoll, auf Stufe Planung in verbindlicher Weise in festen Zahlen festzulegen, wieviele Abstellplätze erforderlich sind. Die notwendige Anzahl Parkplätze in einem bestimmten Gebiet ist von der Nutzung im konkreten Fall abhängig und kann auf Stufe Planung nicht messerscharf festgelegt werden.

Grundsätzlich legt der Richtplan auch den Ort der verschiedenen Bereiche für das Parkieren fest. So steht klipp und klar, das Sockelangebot von 2500 Parkplätzen müsse der Parkierung bei Veranstaltungen dienen und stehe mit Ausnahme des Zirkusplatzes - wenn durch einen Zirkus genutzt - und der vorderen Allmend - z.B. während der BEA - ganzjährig zur Verfügung. Bereits mit der Vorlage des Gemeinderats wird der Sockelbedarf in den Feldern 4 und 6 leicht abgeknabbert. Mit den Anträgen der PVK und von Ursula Rudin-Vonwil entfernt man sich völlig von den Festlegungen des Richtplans. Der Richtplan ist gemäss Bundesgerichtsent-scheiden auch für Gemeindeparlamente grundsätzlich verbindlich.

Dieser Plan ist unnötig. Wenn er nicht erlassen wird, stört das ausser ein paar übereifrigen, regulierungswütigen Stadträten niemanden. Weder die BEA, noch sonst irgendein Investor, noch die Aussengemeinden, noch der Gemeinderat sind auf einen solchen Sachplan an-

gewiesen. Im Gegenteil: Wenn später mit jeder Änderung des Parkplatzregimes wieder der Stadtrat begrüsst werden muss, erschwert dies eine flexible Entwicklung im Gebiet Wankdorf. Im Zusammenhang mit NPM wird immer wieder gefordert, das Parlament solle das operative Geschäft dem Gemeinderat überlassen. Was bedeutet dies im vorliegenden Fall? Der Gemeinderat hat den Auftrag, in Zusammenarbeit mit den beteiligten Regionsgemeinden den Verkehr und die Parkierung im Raum ESP Bern-Wankdorf unter Berücksichtigung der Interessen der Wirtschaft und der angrenzenden Quartierbevölkerung möglichst optimal zu organisieren. Überlassen wir die Erfüllung dieses Auftrags dem Gemeinderat gemeinsam mit den Behörden von Ittigen und Ostermundigen und versuchen wir nicht, in kleinkariierter Manier im Sinne eines Erbsenzählens jeder einzelnen Parkfläche eine spezielle Nutzung, eine Nutzungsdauer oder eine Gebrauchsfrist zuzuordnen! Das ist doch nicht Aufgabe des Parlaments.

Abschliessend stellt Adrian Haas die Frage, ob die Stadt diese Vorlage durch den Kanton genehmigen lassen werde.

Einzelvoten

Hans Peter Riesen (SD) hat bereits in der PVK die Meinung vertreten, dass am Sockelangebot von 2500 Parkplätzen nicht gerüttelt werden darf. Wir werden deshalb den PVK-Anträgen nicht zustimmen. Ein Parkhaus an der Mingerstrasse ist nicht bezahlbar und bleibt eine Utopie. Im Richtplan ESP Bern-Wankdorf ist das Sockelangebot von 2500 Parkplätzen festgehalten. Es ist nicht Sache des Stadtrats, diesen Richtplan abzuändern. Wir werden deshalb dem Antrag auf Nichteintreten zustimmen. Eine Reduktion des Parkplatzangebots in diesem Gebiet fördert bei Grossanlässen das wilde und rechtswidrige Parkieren. Bei Grossanlässen wird das Nordquartier bereits heute durch Suchverkehr stark tangiert. Es darf nicht sein, dass die ganze Quartierbevölkerung unter einem nicht verständlichen Stadtratsbeschluss leiden muss. Eine Reduktion des Sockelangebots wird kein Besucher/keine Besucherin eines Grossanlasses veranlassen, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benützen. Es werden höchstens die Besucherzahlen zurückgehen, was der Stadt Schaden bringt (weniger Billettsteuern, weniger Einnahmen). Wollen wir das Nordquartier vom Verkehr entlasten, dürfen wir einer Parkplatzreduktion auf den Allmenden nicht zustimmen. Wir werden aus diesen Gründen dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Auch *Ernst Stauffer* (ARP) lehnt mit einer Ausnahme alle PVK-Anträge ab. Die Ausnahme betrifft das Feld 5, wo die PVK mehr Parkplätze vorsieht. Die vom Gemeinderat befürchteten Schwierigkeiten können gelöst werden. Die parkplatzvermindernden Anträge lehnen wir aus folgenden Gründen ab: Wir wünschen einen florierenden Messeplatz und eine florierende BEA. Mit diesen parkplatzvermindernden Massnahmen wird vor allem der BEA und damit der Wirtschaft geschadet. Die vom Gemeinderat vorgeschlagene Parkierungsregelung ist bereits einschränkend genug. Das Rad der Zeit kann niemand zurückdrehen, auch in Sachen Motorisierung nicht. Vor 25 Jahren war die Polizei bei allen Anlässen in der Tellstrasse positioniert und dirigierte die Autos in die Quartierstrassen des Nordquartiers, so dass einzelne Hausbesitzer kaum die Gartentüre öffnen konnten. Die Autos kommen auch bei Sportanlässen trotz Aufrufen. Wenn ausserhalb der Stadt nicht parkiert werden kann, werden die Autos trotz blauer Zone im Nordquartier abgestellt. Das wollen wir verhindern. Auch der Parkplatz beim Familiengartenareal Schermenwald wird bei Grossanlässen als Ausweichplatz und auch von Leuten, die sich als Parkplatzverhinderer profilieren, benützt. Wir werden alle parkplatzverhindernden und -reduzierenden Anträge ablehnen und sagen damit Ja zu einer florierenden stadtberner Wirtschaft.

Hans Ulrich Gränicher (SVP) zieht den Ordnungsantrag von Peter Linder zurück und beantragt Nichteintreten, denn das Stadtparlament ist für das Erlassen des Sachplans nicht zuständig. Oskar Balsiger hat mit seinen Aussagen das Ziel der heutigen Debatte zum Sachplan Parkierung auf den Allmenden aufgezeigt, nämlich die Aufhebung der Rasengitterplätze längs der Papiermühlestrasse. Diese Parkplätze sind von der Autobahn ideal erreichbar und sollten eigentlich vermehrt genutzt werden können, denn alle Fahrzeuge die von der Autobahn auf diese Parkplätze gelangen, belastigen weder das Nordquartier noch die Innenstadt. Das Ar-

gument, es würden keine Parkplätze abgebaut, sondern in ein Parkhaus verlegt, ist eine Illusion, denn ein Parkhaus hinter dem Eisstadion ist in der heutigen Zeit nicht finanzierbar. Auch aus diesem Grund machte der Ordnungsantrag eigentlich Sinn. Das Votum von Nico Lutz zeigte, welche unehrliche Haltung im linken Lager zum Wirtschaftsstandort Bern eingenommen wird. Er sagte, der MIV müsse mit sanftem Druck aus der Stadt Bern vertrieben werden.

Nico Lutz (JA!) entgegnet Adrian Haas, seine Kritik am Sachplan sei die gleiche, die RGM in der PVK vorgebracht habe. In der PVK äusserte sich die FDP zum Sachplan positiv. Die SVP sollte wieder einmal das Verkehrskonzept 95 (bürgerliche Planungsstrategie) lesen, das von Kanalisieren, Plafonieren und Reduzieren spricht. Wir verlangen einen sanften Druck, um die Parkplätze unterirdisch realisieren zu können, damit die Parkplätze in den Grünflächen aufgehoben werden können.

Ueli Stückelberger (GFL) ist froh, dass Hans Ulrich Gränicher den Ordnungsantrag zurückgezogen hat. Die Argumentation von Adrian Haas stimmte, wenn die Stadt nicht Eigentümerin des Bodens wäre. Dieser Sachplan ist deshalb nichts anderes als ein Benützungsreglement der öffentlichen Hand für öffentlichen Raum. Ueli Stückelberger bestätigt, dass das Instrument Sachplan in der PVK von der FDP nicht bestritten, sondern explizit begrüsst worden sei. Es stimmt nicht, dass die Vorlage und die PVK-Anträge dem Richtplan widersprechen, denn es wird nur an den Zwischenbestimmungen gerüttelt. Für Ueli Stückelberger ist dieser Sachplan nötig, denn ohne ihn bliebe der heutige unbefriedigende Zustand bestehen, es würde weiterhin rechtswidrig in einer Grünzone parkiert. Ohne Sachplan gibt es auch keine Aufwertung der Allmend oder des Hyspa-Platzes. Das Park-and-Ride Mingerstrasse ist keine Utopie, denn der Gemeinderat wird sicher nichts Utopisches in einen Sachplan aufnehmen.

Christoph Müller (FDP) stellt richtig, dass er in der PVK-Sitzung vom 5.11.1998 die Richtigkeit eines Sachplanes bezweifelt habe. Die Behauptung von Nico Lutz stimmt nicht.

Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg*: Ende 1996 ist von den Planungspartnern des ESP Bern-Wankdorf (Stadt Bern, Kanton Bern, Gemeinden Ittigen und Ostermundigen, BEA bern expo und SBB) die Gemeinschaftsplanung unterschrieben worden. Die gemeinsame Planung ist auf der Grundlage kantonaler Konzepte und dem STEK erarbeitet worden. Es sind gemeinsame Perspektiven für den ESP, für eine Entwicklungspolitik und für eine konzentrierte Siedlungsentwicklung an diesem Verkehrsknotenpunkt festgelegt worden. Das Wankdorf ist für Sport, Messen, Anlässe, Kultur und Freizeit ein Standort von nationaler und internationaler Bedeutung. Diese Bedeutung wird durch die geplante Ausstellungshalle NAHA 2, mit dem Fussballstadion Wankdorf und mit den vorgesehenen beiden Hotels am Guisanplatz verstärkt. Sport und Messen haben auch für die Region Bern eine grosse wirtschaftliche Bedeutung. Allein der Messeplatz Bern löst jährlich einen Umsatz von fast 145 Mio Franken aus. Bei der Planung sind auch notwendige Rahmenbedingungen für die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr und mit dem privaten Verkehr formuliert worden. Für den öV die S-Bahn-Station und die Bus- und Tramerschliessung der SVB. Für den Individualverkehr wurde ein Erschliessungs- und Parkiersystem festgelegt. Der durch die Veranstaltungen entstehende Mehrverkehr soll ohne zusätzliche Belastung für die Wohngebiete bewältigt werden. Es wurde im Gegenteil von einer Entlastung der Wohngebiete gesprochen. Zur Parkierung wurde im Gesamtplan festgestellt, dass im ESP Bern-Wankdorf Fragen zur Parkierung bei Grossanlässen von besonderer Wichtigkeit seien. Diese Parkierung erfolgt heute auf der kleinen Allmend (bei guten Witterungsverhältnissen) und auf einer grösseren Zahl mehr oder weniger nahe gelegener Standorte. Es wird auch festgehalten, dass die Verhältnisse unbefriedigend seien, und es wird vorgeschlagen, dass der Parkraum bewirtschaftet wird, dass Mehrfachnutzungen möglich sein sollen, und es wird klar ein Sockelangebot von permanent verfügbaren 2500 Parkplätzen festgehalten, mit der klaren Aussage, dass das Sockelangebot nicht vergrössert werden, jedoch auch mit der Aussage, dass nach den Berechnungen der geltenden Vorschriften für die Sporthalle, für das Leichtathletik-, Fussball- und Eisstadion, für die Curlinghalle, Festhalle, Messehalle und Kongresszentrum eigentlich rund 3600 Parkplätze zur Verfügung stehen müssten. Die Reduktion auf 2500 Parkplätze kann lediglich zufolge der engen Nachbarschaft der Einrichtungen und der öV-Erschliessung verantwortet werden. Es darf deshalb davon

ausgegangen werden, dass die 2500 Parkplätze ein moderates Angebot sind für die Funktion, welche der ESP Bern-Wankdorf zu übernehmen hat. In allen Verhandlungen und Konzepten mit den Partnern ist diese Zahl festgeschrieben. Die Stadt Bern soll als verlässlicher und zuverlässiger Partner gelten. Diese Zahl steht auch für die Glaubwürdigkeit der Stadt Bern. Es ist ein Irrtum, in der Stadt Bern Parkplätze abzubauen und damit zu rechnen, dass die Agglomerationsgemeinden mehr Parkraum zur Verfügung stellen. Wir müssen unseren Anteil übernehmen. Mit der Vorlage erfüllt der Gemeinderat die bereits erwähnten Aufträge. Gemeinderat Guggisberg bittet den Rat, auf den Sachplan Parkierung auf den Allmenden einzutreten.

Der *Vorsitzende* gibt bekannt, dass alle Abstimmungen zu diesem Geschäft unter Namensaufruf stattfinden werden.

Beschluss

Eintreten wird mit 41 : 31 Stimmen beschlossen.

Mit Ja stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Ursula Hirt, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Andreas Krummen, Lilo Lauterburg, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Nico Lutz, Edith Madl Kubik, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch, Ursula Rudin-Vonwil, Franco Sommaruga, Barbara Spörri, Sylvia Spring Hunziker, Michael Straub, Ueli Stückelberger, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Peter Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos-Keller, René Zimmermann, Andreas Zysset

Mit Nein stimmten:

Ernst Aebersold, Thomas Balmer, Arnold Bertschy, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Marcel Eyer, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Mario Marti, Christoph Müller, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Christoph Stalder, Ernst Stauffer, Hans Ulrich Suter, Katharina Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen.

Detailberatung

Feld 1: nördliche Rasengitter-Parkplätze

64 Parkplätze für Sporthalle und Leichtathletikstadion reserviert. Die Parkplätze stehen auch für Veranstaltungsbesuchende zur Verfügung.

Beschluss

Diesen Parkplätzen stimmt der Rat einstimmig zu.

Feld 2: mittlere Rasengitter-Parkplätze

300 Parkplätze für Veranstaltungsbesuchende und Carparkplatz bei Grossveranstaltungen.

Ueli Stückelberger (GFL) begründet folgenden Antrag der PVK:

Diese Parkplätze sind bei Eröffnung der Parkplatzanlage auf der Fläche 5 oder spätestens im Jahr 2003 aufzuheben.

Diese Fläche befindet sich vis-à-vis des Fussballstadions auf einer Grünfläche. Diese Parkplätze haben nichts mit dem Stadion Wankdorf zu tun. Die PVK beantragt eine Befristung bis zur Eröffnung des Park-and-Ride an der Mingerstrasse. Sie fordert Aufhebung der oberirdi-

schen und Ersatz durch unterirdische Parkplätze. Es wird befürchtet, dass diese Parkplätze für das Stadion Wankdorf missbraucht werden könnten.

Adrian Haas (FDP): Die Gemeinschaftsplanung von Stadt und Kanton Bern, den Gemeinden Ittigen und Ostermundigen, der BEA bern expo und den SBB zum ESP Bern Wankdorf bildet den Rahmen zum vorliegenden Geschäft. Mit dem Richtplan ESP Bern-Wankdorf - einem regionalen Richtplan, der von den genannten Partnern unterzeichnet worden ist -, ist das Sockelangebot von 2500 Parkplätzen für Besucherinnen und Besucher im ESP-Gebiet festgesetzt worden. Dieser Richtplan ist am 23. Dezember 1996 genehmigt worden. Sämtliche PVK-Anträge widersprechen diesem Richtplan und sind abzulehnen. Der Richtplan ist auch für den Stadtrat verbindlich. Richtpläne sind behördenverbindlich, d.h. sie sind nicht bloss Richtlinien oder Wegleitungen, die von Behörden nach Gutdünken mehr oder weniger getreu befolgt werden können. Das Bundesgericht lässt gewisse Abweichungen zu, und zwar, wenn diese Abweichungen sachlich gerechtfertigt und von untergeordneter Bedeutung sind. Diese Voraussetzungen sind hier nicht erfüllt. Zudem ist der Richtplan erst zwei Jahre alt, d.h. es liegen auch keine neuen Erkenntnisse vor. Wir lehnen deshalb sämtliche PVK-Anträge ab.

Gemeinderat Guggisberg schildert die Konsequenzen des PVK-Antrags zur Fläche 2: Verlust von Carparkplätzen und 300 Sockelparkplätzen ab 2004, falls die Parkplatzanlage Bolligenstrasse (5) nicht mit 1050 Parkplätzen realisiert ist. Der Gemeinderat bittet den Rat, sämtliche PVK-Anträge abzulehnen, da sie den Richtplan ESP Bern-Wankdorf verletzen. Es müsste mit allen Vertragspartner/-partnerinnen ein neuer Konsens gesucht werden, was unter diesen Voraussetzungen nicht möglich sein wird. Alle PVK-Anträge haben zur Folge, dass der Parkierungsdruck auf das Nordquartier zunimmt und eine Verschlechterung der Parkierungssituation in diesem Gebiet stattfindet.

Auch Polizeidirektor *Kurt Wasserfallen* setzt sich für Ablehnung der PVK-Anträge ein. Die Region unterstützt den BEA-Ausbau nur, wenn die Stadt ihren Teil leistet. Für die Polizei wird es schwierig, den Messestandort, das Fussballstadion, das Leichtathletikstadion und eine neue Sporthalle zu bewirtschaften. Diese Anlagen dienen nicht dem Selbstzweck, sondern ziehen massenweise Besucher/Besucherinnen an. Wenn die PVK-Anträge überwiesen werden, fehlen zwei Dinge: Parkplätze für Privatautos, denn auch wenn die PVK-Anträge angenommen werden, kommen die Zuschauer und Zuschauerinnen von Cup-Finals usw. mit dem Auto, trotz Aufrufen von der Stadtpolizei. Wenn es zuwenig Parkplätze hat, werden die Autos in den Quartieren abgestellt. Auf den Feldern 2 und 3 können 200 bis 250 Cars parkiert werden. Diese Cars müssen abgestellt werden können, wenn nötig in den Quartieren. Randalisierende Fans wollen wir in die möglichst nahe parkierten Cars begleiten, und abfahren lassen, damit sie nicht in den Quartieren randalieren und Personen und Sachen beschädigen. Diese Tatsache darf nicht übersehen werden.

Oskar Balsiger (SP) stellt klar, dass mit einem Richtplan nicht ein Zonenplan abgeändert werden kann. Gemäss Zonenplan ist vis-à-vis des Stadions eine Grünfläche. Die PVK will mit ihren Anträgen, dass der Grad der Verletzung der Zonenvorschriften verringert wird. Der Vorschlag der PVK geht nicht dahin, keine Carparkplätze zur Verfügung zu stellen, sondern der Zirkusplatz sei so herzurichten, dass dort weiterhin Cars parkiert werden können. Abgesehen davon können Cars auch in der Mingerstrasse und in der Papiermühlestrasse abgestellt werden. Ferner ist ein Carpool im Neufeld geplant. Der Gemeinderat hat bei der Erarbeitung des Richtplans ESP Bern-Wankdorf erkannt, dass damit nicht die Zonenordnung ausser Kraft gesetzt werden kann. Deshalb ist die Zahl des Sockelangebots eine Festsetzung, die Standorte sind jedoch nur ein Zwischenergebnis.

Hans Ulrich Gränicher (SVP): Die PVK beantragt, dass die Parkplätze auf Feld 2 entlang der Papiermühlestrasse auf der Fläche 5 realisiert werden sollen und zwar bis spätestens im Jahr 2003. Dieses Parkhaus ist jedoch weder finanzierbar noch zeitlich bis 2003 realisierbar. Die SVP ist froh, dass die Stadt Bern auch in Zukunft ein verlässlicher Partner bleiben und den Besucherinnen und Besuchern im ESP Bern-Wankdorf ein Parkplatzangebot anbieten will. Ein Ja zur Aufhebung dieser Parkplätze bedeutet Wirtschaftsfeindlichkeit.

Beschluss

Der PVK-Antrag zu Feld 2 obsiegt demjenigen des Gemeinderats mit 36 : 31 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Mit Ja stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Michael Burri, Marie-Louise Durrer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Andreas Krummen, Lilo Lauterburg, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Nico Lutz, Edith Madl Kubik, Irène Marti Anliker, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch, Ursula Rudin-Vonwil, Barbara Spörri, Sylvia Spring Hunziker, Michael Straub, Ueli Stückelberger, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Peter Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos-Keller, René Zimmermann, Andreas Zysset

Mit Nein stimmten:

Ernst Aebersold, Thomas Balmer, Arnold Bertschy, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Marcel Eyer, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Mario Marti, Christoph Müller, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Christoph Stalder, Ernst Stauffer, Hans Ulrich Suter, Katharina Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Enthaltungen:

Walter Christen, Marcel Fankhauser, Kurt Mäusli, Franco Sommaruga

Feld 3: südliche Rasengitter-Parkplätze

144 Parkplätze für Veranstaltungsbesuchende und Carparkplatz. Die Parkplätze stehen während der übrigen Zeit für die Ingenieurschule Bern zur Verfügung.

Beschluss

Der Vorschlag des Gemeinderats wird mit 66 : 2 Stimmen gutgeheissen.

Mit Ja stimmten:

Ernst Aebersold, Raymond Anliker, Thomas Balmer, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Arnold Bertschy, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Eyer, Marcel Fankhauser, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Andreas Krummen, Lilo Lauterburg, Annemarie Lehmann, Leslie Lehmann, Peter Linder, Edith Lörtscher, Nico Lutz, Edith Madl Kubik, Anton Maillard, Mario Marti, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Christoph Müller, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Ursula Rudin-Vonwil, Franco Sommaruga, Barbara Spörri, Sylvia Spring Hunziker, Christoph Stalder, Ernst Stauffer, Ueli Stückelberger, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Peter Stucki, Hans Ulrich Suter, Katharina Suter, Margrit Thomet, Eva von Ballmoos-Keller, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen, René Zimmermann, Andreas Zysset

Mit Nein stimmten:

Beat Schori, Rudolph Schweizer

Feld 4: Neuer Zirkusplatz

Platz für Zirkusse, Ausstellungen und dergleichen, Carparkplatz bei Grossveranstaltungen. 510 Parkplätze für Veranstaltungsbesuchende während der Übergangszeit bis zur Erstellung

einer Parkplatzanlage im Gebiet Wankdorf. Die Parkplätze stehen nur zur Verfügung, wenn die unterirdischen Parkplätze (8) besetzt sind.

Ueli Stückelberger begründet folgenden Antrag der PVK:

Platz für Zirkusse, Ausstellungen und dergleichen, Carparkplatz bei Grossveranstaltungen. **Bis zur Realisierung einer Parkierungsanlage auf Feld 5, spätestens jedoch bis Sommer 2008, stehen die 510 Parkplätze für Veranstaltungsbesuchende zur Verfügung.** Die Parkplätze stehen nur zur Verfügung, wenn die unterirdischen Parkplätze (8) besetzt sind.

Einzigste Änderung ist die Befristung, was Druck auf das Erstellen des Parkhauses und Ersetzen der oberirdischen durch unterirdische Parkplätze bewirkt. Anlässlich der Diskussion zum Zirkusplatz wurde der Gemeinderat beauftragt, bis zum Jahr 2008 eine Vorlage für eine Neugestaltung dieses Platzes zu unterbreiten. Ueli Stückelberger findet die Haltung des Polizeidirektors mehr als stossend, denn Alternativen für Carparkplätze sind möglich und auch mit dem PVK-Antrag können auf dem Zirkusplatz immer noch Cars parkiert werden. Die PVK bevorzugt ein pragmatisches Vorgehen und lehnt die Anträge von Ursula Rudin-Vonwil ab.

Ursula Rudin-Vonwil (GFL) begründet folgenden Antrag:

Der sogenannte Zirkusplatz als ausgeschiedene Grünfläche darf nicht für Parkierungen genutzt werden.

Der vorliegende Sachplan ist ein Deal um und mit unseren Grünflächen, und solchen Deals kann Ursula Rudin-Vonwil als grüne Politikerin nicht zustimmen, denn sie zementieren illegale Zustände. Es werden Versprechungen abgegeben, die nach ein paar Jahren vergessen sind und aus grün ist grau geworden. Das ist ein wesentlicher Farbunterschied. Mit den PVK-Anträgen wird das Übel zwar kleiner, es bleibt jedoch eines. Ursula Rudin-Vonwil ist nach wie vor davon überzeugt, dass es illegal ist, diese Grünflächen als Parkflächen zu benutzen. Die Felder 4 und 6 sind ausgewiesene Grünflächen. Die Bevölkerung hat diesem Zonenplan zugestimmt, und es steht uns nicht zu, uns solcher Grünflächen zu bedienen, als ob sie wertlos seien. Es ist nicht verwunderlich, dass diese Allmenden zu Hundetoiletten verkommen sind. Politiker und Politikerinnen scheint es egal zu sein, was mit den Grünflächen passiert, es wird damit umgegangen, als wenn sie Abfallflächen wären. Die Autolobby fodert Parkflächen, die in der Grünfläche zur Verfügung gestellt werden. Der Bevölkerung wird ein Park im Grünen vorenthalten, weil diese Grünflächen den Automobilisten zur Verfügung stehen. Ein Grün-80-Areal für Spiel, Sport, Spass und Erholung wie in Basel würde der Stadt Bern gut anstehen und wäre ein wesentlicher Beitrag an eine Wohnstadt. Im Fall der Allmenden wird klar mit ungleichen Ellen gemessen. Ursula Rudin-Vonwil stellt diese Anträge weil sie befürchtet, dass trotz gutem Willen der PVK der illegale Zustand zementiert werden könnte. Wir müssen heute für die Grünflächen kämpfen und können uns nicht auf Versprechungen verlassen. Halten wir die geltende Ordnung ein und schaffen wir mehr Sicherheit für unsere Grünflächen! Wieso arrangiert sich nie eine Ausstellung oder eine Sportveranstaltung um die ausgewiesenen Grünflächen herum? Der Stadtrat möge ihren Anträgen zustimmen und die Verantwortung gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern wahrnehmen.

Adrian Haas (FDP) lehnt die Anträge von Ursula Rudin-Vonwil ab. Es handelt sich nicht um eine rechtswidrige Nutzung. Es gibt auch ein Vertrauensprinzip und die Besitzstandsgarantie, die beachtet werden müssen.

Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg* bittet den Rat, sowohl den PVK-Antrag wie denjenigen von Ursula Rudin-Vonwil zu Feld 4 abzulehnen. Der PVK-Antrag bedingte den Verlust von 510 Sockelparkplätzen ab 2008 bis zur Realisierung der Parkplatzanlage Bolligenstrasse (5). Auch für den Gemeinderat ist dieses Feld ein Überlaufgefäss: Wenn die unterirdischen Parkplätze im Feld 8 besetzt sind.

Beschlüsse

1. Der PVK-Antrag obsiegt demjenigen von Ursula Rudin-Vonwil mit 52 : 10 Stimmen bei 9 Enthaltungen.

Mit Ja stimmten:

Ernst Aebersold, Raymond Anliker, Thomas Balmer, Oskar Balsiger, Arnold Bertschy, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Eyer, Marcel Fankhauser, Thomas Fuchs, Adrian Haas, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Andreas Krummen, Lilo Lauterburg, Annemarie Lehmann, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Nico Lutz, Anton Maillard, Mario Marti, Irène Marti Anliker, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Christoph Müller, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Barbara Spörri, Sylvia Spring Hunziker, Christoph Stalder, Ernst Stauffer, Michael Straub, Ueli Stückelberger, Peter Stucki, Hans Ulrich Suter, Katharina Suter, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen, René Zimmermann,

Mit Nein stimmten:

Sven Baumann, Michael Burri, Hans Ulrich Gränicher, Regula Keller, Edith Madl Kubik, Ursula Rudin-Vonwil, Franco Sommaruga, Margrit Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos-Keller

Enthaltungen:

Ueli Haudenschild, Peter Linder, Kurt Mäusli, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Franco Sommaruga, Béatrice Stucki, Margrit Thomet, Andreas Zysset

2. Der PVK-Antrag obsiegt dem Antrag des Gemeinderats mit 35 : 32 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Mit Ja stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Michael Burri, Marie-Louise Durrer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Andreas Krummen, Lilo Lauterburg, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Nico Lutz, Edith Madl Kubik, Irène Marti Anliker, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch, Ursula Rudin-Vonwil, Barbara Spörri, Sylvia Spring Hunziker, Michael Straub, Ueli Stückelberger, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Peter Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos-Keller, Andreas Zysset

Mit Nein stimmten:

Ernst Aebersold, Thomas Balmer, Arnold Bertschy, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Marcel Eyer, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Mario Marti, Kurt Mäusli, Christoph Müller, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Christoph Stalder, Ernst Stauffer, Hans Ulrich Suter, Katharina Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Enthaltungen:

Walter Christen, Marcel Fankhauser, Franco Sommaruga, René Zimmermann

Feld 5: Parkplatzanlage Bolligenstrasse

Parkplatzanlage mit max. 750 Parkplätzen für P+R Nutzung und für Veranstaltungsbesuchende.

Ueli Stückelberger (GFL) begründet folgenden PVK-Antrag:

Parkplatzanlage mit max. **1050** Parkplätzen für P+R Nutzung und für Veranstaltungsbesuchende.

Die einzige Änderung ist die, dass die 300 Parkplätze, die im Feld 2 gestrichen werden, auf Feld 5 verlegt werden, d.h. dass die P+R Anlage vergrössert werden kann. Das Sockelangebot bleibt so bei 2500 Parkplätzen. Falls die Parkplatzanlage finanziell nicht realisiert werden kann, was wir nicht glauben, bedeutete dies, dass für so viele Parkplätze kein Bedürfnis besteht.

Thomas Fuchs (JSVP) wiederholt, es gehe bei diesem Antrag darum, Parkplätze vorzutäuschen, die nicht realisierbar sind. Das ist verlogen.

Nico Lutz (JA!) entgegnet, diese Parkieranlage sei im Richtplan ESP Bern-Wankdorf festgesetzt.

Gemeinderat Guggisberg ist erstaunt, wie leichtfertig die PVK mit 300 Parkplätzen umgeht. Das Parkfeld 5 ist weder beplant, noch überbaut, noch finanziert. Und 300 Parkplätze mehr hätten erschwerte Verkehrsbedingungen auf der Bolligenstrasse und am Knoten Schermenweg zur Folge. So kann mit Parkplätzen nicht umgegangen werden. Der Rat möge den PVK-Antrag ablehnen.

Oskar Balsiger (SP) ergänzt, diese 300 Parkplätze mehr, seien möglicherweise die Voraussetzung dafür, dass die Investition pro Parkplatz in der Anlage kleiner sein wird. Zu bemerken ist auch, dass in den 7 Jahren - von 2001 bis 2008 - auf dem Zirkusplatz 210 Plätze mehr zur Verfügung stehen, als der Gemeinderat vorgeschlagen hat. Das zeigt, dass sich die PVK bemüht hat, in jeder Hinsicht moderate Vorschläge zu unterbreiten.

Beschluss

Der PVK-Antrag obsiegt demjenigen des Gemeinderats mit 38 : 27 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Mit Ja stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Michael Burri, Marie-Louise Durrer, Marcel Eyer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Andreas Krummen, Lilo Lauterburg, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Nico Lutz, Edith Madl Kubik, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch, Ursula Rudin-Vonwil, Barbara Spörri, Sylvia Spring Hunziker, Ernst Stauffer, Michael Straub, Ueli Stückelberger, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Peter Stucki, Hansjörg Wittwen, René Zimmermann, Andreas Zysset

Mit Nein stimmten:

Ernst Aebersold, Arnold Bertschy, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Thomas Fuchs, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Mario Marti, Christoph Müller, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Christoph Stalder, Hans Ulrich Suter, Katharina Suter, Luzius Theiler, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann

Enthaltungen:

Walter Christen, Marcel Fankhauser, Hans Ulrich Gränicher, Franco Sommaruga, Eva von Ballmoos-Keller

Feld 6: Kleine Allmend

1'500 Parkplätze für Veranstaltungsbesuchende während max. 50 Tagen im Jahr, wenn die oberirdischen Parkplätze auf dem neuen Zirkusplatz (4) und/oder auf der Vorderen Allmend (7), (8) nicht zur Verfügung stehen und/oder Grossveranstaltungen stattfinden. Während der BEA-Messe dienen 300 der 1'500 Parkplätze als Abstellfläche für landwirtschaftliche Fahrzeuge.

Ueli Stüchelberger (GFL) begründet folgenden PVK-Antrag:

Aufzuhebende Parkplatzfläche. Bis Ende 2004 dürfen 1'500 Parkplätze für Veranstaltungsbesuchende während max. 40 Tagen im Jahr benutzt werden, wenn die oberirdischen Parkplätze auf der Vorderen Allmend (7), (8) nicht zur Verfügung stehen und/oder Grossveranstaltungen stattfinden. **Während der BEA dürfen längs des Zentwegs landwirtschaftliche Fahrzeuge (300 Parkplätze) abgestellt werden.**

Hier handelt es sich nicht mehr um das Sockelangebot, sondern um Parkplätze auf einem Ergänzungsstandort. Die Kommission will diese Parkplätze mittelfristig aufheben, damit neue Grünflächen erstellt werden können. Die PVK räumt gegenüber dem Antrag Ursula Rudin-Vonwil eine relativ lange Übergangsfrist ein. Es stimmt nicht, dass dieser Antrag den Verlust der Abstellfläche für landwirtschaftliche Fahrzeuge während der BEA ab 2005 bewirkt. Wir sind überzeugt, dass Standorte an der Peripherie der Agglomeration für Ergänzungsangebote gefunden werden können. Es geht hier auch um die Umsetzung einer Motion von Rudolf Käsermann (SP) aus dem Jahr 1979, die 1981 überwiesen worden ist.

Antrag Ursula Rudin-Vonwil (GFL):

Die Kleine Allmend als ausgeschiedene Grünfläche darf nicht für Parkierungen genutzt werden.

Kurt Mäusli (SP) lehnt den PVK-Antrag ab, vor allem der Reduktion auf 40 Tage wegen.

Hans Ulrich Gränicher (SVP) entgegnet Kurt Mäusli, im PVK-Antrag stehe, dass nur noch bis Ende 2004 während 40 Tagen parkiert werden könne, ab 2005 könnte diese Fläche nicht mehr als Parkplatz genutzt werden.

Peter Blaser (SP): Die Allmend ist für alle da, jedoch nicht unbedingt als Parkplatz. Es sind Studien erstellt und erwähnt worden, dass ein Sockelangebot von 2000 Parkplätzen eigentlich genüge und verschiedene Ergänzungsstandorte in der Agglomeration gefunden worden. Diese Fläche wird heute schon überstrapaziert, der PVK-Antrag ist sinnvoll.

Gemeinderat Guggisberg betont, dieser Antrag bewirke den Verlust des zentralen Ergänzungsstandorts mit 1'500 Parkplätzen ab 2005 und in der Zwischenzeit eine Reduktion der Benützungsdauer der Parkplätze um 10 Tage im Jahr. Wir können nicht von den Agglomerationsgemeinden erwarten, dass sie diesen Parkraum zur Verfügung stellen. Diese 1'500 Parkplätze werden nur dann zur Benützung freigegeben, wenn die andern Parkflächen nicht genügen. Es ist sehr willkürlich, nur noch 40 Tage vorzuschreiben. Der Rat möge auch die Anträge zu Feld 6 ablehnen.

Heinz Junker (SP): Die Hintere Allmend gab in der PVK viel zu reden. Sie hat einen Kompromiss gesucht. Es ist gesagt worden, diese Parkplätze würden durchschnittlich während max. 30 Tagen benützt. Ferner wurde ausgeführt, ein Shuttle-Betrieb rentiere erst, wenn der Sonderfall eine grosse Zahl Parkplätze bedinge.

Beschlüsse

1. Der PVK-Antrag obsiegt demjenigen von Ursula Rudin-Vonwil mit 49 : 12 Stimmen bei 10 Enthaltungen.

Mit Ja stimmten:

Ernst Aebersold, Raymond Anliker, Thomas Balmer, Oskar Balsiger, Arnold Bertschy, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Eyer, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Andreas Krummen, Lilo Lauterburg, Annemarie Lehmann, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Anton Maillard, Mario Marti, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Christoph Müller, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Ruth Rauch, Hans Peter Riesen, Franco Sommaruga, Barbara Spörri, Sylvia Spring Hunziker, Christoph Stalder, Ernst Stauffer, Michael Straub, Ueli Stückelberger, Béatrice Stucki, Hans Ulrich Suter, Katharina Suter, Kurt W. Weyermann, René Zimmermann

Mit Nein stimmten:

Sven Baumann, Michael Burri, Regula Keller, Edith Madl Kubik, Bernhard Pulver, Heinz Rub, Ursula Rudin-Vonwil, Margrit Stucki, Peter Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos-Keller, Hansjörg Wittwen

Enthaltungen:

Marcel Fankhauser, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Peter Linder, Nico Lutz, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Margrit Thomet, Andreas Zysset

2. Der PVK-Antrag obsiegt demjenigen des Gemeinderats mit 38 : 31 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Mit Ja stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Michael Burri, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Andreas Krummen, Lilo Lauterburg, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Nico Lutz, Edith Madl Kubik, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch, Ursula Rudin-Vonwil, Barbara Spörri, Sylvia Spring Hunziker, Michael Straub, Ueli Stückelberger, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Peter Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos-Keller, René Zimmermann, Andreas Zysset

Mit Nein stimmten:

Ernst Aebersold, Thomas Balmer, Arnold Bertschy, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Marcel Eyer, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Mario Marti, Christoph Müller, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Christoph Stalder, Ernst Stauffer, Hans Ulrich Suter, Katharina Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Enthaltungen:

Walter Christen, Franco Sommaruga

Hyspa-Platz und Kleine Allmend

Aufzuhebende Parkplatzfläche. Diese Beschränkung gilt vom Zeitpunkt an, in dem für die Grossanlässe periphere Parkplatz-Ergänzungsstandorte an Autobahnausfahrten als Ersatz gesichert und realisiert sind.

Ueli Stückelberger (GFL) begründet den PVK-Antrag:

Hyspa-Platz: Aufzuhebende Parkplatzfläche.

Kleine Allmend: Aufzuhebende Parkplatzfläche. Diese Beschränkung gilt ab Ende 2004.

Die PVK-Mehrheit findet, die Parkplätze auf dem Hyspa-Platz könnten sofort aufgehoben werden.

Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg* führt aus, es sei nicht einfach, periphere Parkplätze zu finden. Bevor diese Plätze gesichert sind, können wir den Hyspa-Platz nicht aufgeben. Der Antrag zur kleinen Allmend bedeutete den Verlust von 2'500 Parkplätzen ab 2005 auch dann, wenn noch keine peripheren Ergänzungsstandorte als Ersatz realisiert sind. Der Rat möge auch diesen PVK-Antrag ablehnen.

Beschluss

Der PVK-Antrag obsiegt demjenigen des Gemeinderats mit 36 : 32 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Mit Ja stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Michael Burri, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Andreas Krummen, Lilo Lauterburg, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Nico Lutz, Edith Madl Kubik, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch, Ursula Rudin-Vonwil, Barbara Spörri, Sylvia Spring Hunziker, Michael Straub, Ueli Stückelberger, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Peter Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos-Keller, Andreas Zysset

Mit Nein stimmten:

Ernst Aebersold, Thomas Balmer, Arnold Bertschy, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Walter Christen, Marcel Eyer, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Mario Marti, Christoph Müller, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Christoph Stalder, Ernst Stauffer, Hans Ulrich Suter, Katharina Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Enthaltungen:

Franco Sommaruga, René Zimmermann

Feld 7: Vordere Allmend

Platz für Ausstellungen und dergleichen. Während der übrigen Zeit max. 680 Parkplätze für Veranstaltungsbesuchende. Zum Teil P+R Nutzung während der Übergangszeit bis zur Erstellung einer P+R Anlage im Gebiet Wankdorf.

Beschluss

Der Antrag des Gemeinderats wird mit 60 : 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen gutgeheissen.

Mit Ja stimmten:

Ernst Aebersold, Raymond Anliker, Thomas Balmer, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Arnold Bertschy, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Eyer, Marcel Fankhauser, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Andreas Krummen, Lilo Lauterburg, Leslie

Lehmann, Edith Lörtscher, Nico Lutz, Anton Maillard, Mario Marti, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Christoph Müller, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Ursula Rudin-Vonwil, Franco Sommaruga, Barbara Spörri, Sylvia Spring Hunziker, Christoph Stalder, Ernst Stauffer, Michael Straub, Ueli Stüchelberger, Béatrice Stucki, Peter Stucki, Hans Ulrich Suter, Katharina Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen, René Zimmermann, Andreas Zysset

Mit Nein stimmten:

Thomas Fuchs, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer

Enthaltungen.

Annemarie Lehmann, Peter Linder, Edith Madl Kubik

Feld 8: Parkierungsanlage Mingerstrasse

Max. 800 unterirdische Parkplätze für Ausstellende und Veranstaltungsbesuchende. Zum Teil P+R Nutzung während der Übergangszeit bis zur Erstellung einer P+R Anlage im Gebiet Wankdorf.

Beschluss

Mit 64 : 5 Stimmen bei 1 Enthaltung stimmt der Rat für den Antrag des Gemeinderats.

Mit Ja stimmten:

Ernst Aebersold, Raymond Anliker, Thomas Balmer, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Arnold Bertschy, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Eyer, Marcel Fankhauser, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Andreas Krummen, Lilo Lauterburg, Annemarie Lehmann, Leslie Lehmann, Peter Linder, Edith Lörtscher, Nico Lutz, Anton Maillard, Mario Marti, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Christoph Müller, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Ursula Rudin-Vonwil, Franco Sommaruga, Barbara Spörri, Sylvia Spring Hunziker, Christoph Stalder, Ernst Stauffer, Michael Straub, Ueli Stüchelberger, Béatrice Stucki, Peter Stucki, Hans Ulrich Suter, Katharina Suter, Luzius Theiler, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen, René Zimmermann, Andreas Zysset

Mit Nein stimmten:

Thomas Fuchs, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Margrit Stucki

Enthaltung:

Edith Madl Kubik

Vorschrift betreffend Zeitbeschränkungen und Bewirtschaftung

Die Parkplätze sind mit Zeitbeschränkungen und Gebühren zu bewirtschaften. Werden die Parkplätze Nrn. 1, 2, 3, 4, 6 und 7 nicht genutzt, sind sie für den motorisierten Verkehr abgesperrt.

Beschluss

Dieser Vorschrift stimmt der Rat mit 57 : 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

Mit Ja stimmten:

Ernst Aebersold, Raymond Anliker, Thomas Balmer, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Arnold Bertschy, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Adrian Haas, Ueli

Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Andreas Krummen, Lilo Lauterburg, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Nico Lutz, Edith Madl Kubik, Anton Maillard, Mario Marti, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Christoph Müller, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch, Hans Peter Riesen, Ursula Rudin-Vonwil, Barbara Spörri, Sylvia Spring Hunziker, Michael Straub, Ueli Stückelberger, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Peter Stucki, Hans Ulrich Suter, Katharina Suter, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos-Keller, Kurt W. Weyermann, René Zimmermann, Andreas Zysset

Mit Nein stimmten:

Marcel Eyer, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Peter Linder, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Margrit Thomet, Hansjörg Wittwen

Enthaltungen:

Annemarie Lehmann, Heinz Rub, Christoph Stalder

Adrian Haas (FDP) wiederholt seine Frage, ob die Stadt diese Vorlage durch den Kanton genehmigen lasse. Wir haben es langsam aber sicher satt, dass jede Entscheidung im Stadtrat zum ESP-Wankdorf zu einem Spiessrutenlaufen wird für alle jene, die an einer vernünftigen Entwicklung in diesem Raum interessiert sind. Jedes Mal entsteht bereits in der PVK ein mühsames Hin und Her um die Fragen der Parkplätze und zum Verkehr, z.B. Überbauungsordnung Vordere Allmend, Zonenplanung für ein neues Fussballstadion, Baurecht für das BEA-Parking, neuer Zirkusplatz. Wir wären dankbar, wenn sich die PVK nicht nur als kleinkarierte Parkplatzvernichtungskommission, sondern als Kommission für eine zukunftsgerichtete Stadtentwicklung profilierte. Die FDP-Fraktion akzeptiert das heutige rechtswidrige Vorgehen des Stadtrats nicht und wird gegen die Schlussabstimmung Beschwerde erheben.

Nico Lutz (JA!) entgegnet dem Vorredner, Ziel der heutigen Debatte sei es gewesen, für einmal eine Gesamtplanung zu diskutieren und sie insgesamt zu verabschieden. Für uns ist die mühsame Erbsenzählerei nun abgeschlossen. Mit einer Beschwerde wird die Diskussion wieder aufgerollt und die Gesamtplanung verhindert.

Thomas Fuchs (JSVP): Die heute Abend gefällten wirtschaftsfeindlichen Entscheide zeigen, dass es richtig war, vorsorglich Rüge einzureichen. Leider sind die heutigen Entscheide auch von den Gewerkschaften unterstützt worden.

Irène Marti Anliker (SP): Auch wer unterliegt, sollte einen gewissen Anstand wahren. Die PVK hat sehr gut gearbeitet und ist kein kleinkarierter Verein. Wenn die Resultate nach dem bürgerlichen Willen ausgefallen wären, würde niemand von rechtswidrigem Handeln des Stadtrats sprechen.

Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg* verweist Adrian Haas auf das Papier der PBD und die Bilanz des Gemeinderats, wonach die PVK-Anträge - heutige Stadtratsbeschlüsse - vom Richtplan ESP Bern-Wankdorf abweichen (betreffend Ergänzungsangebot völlig, betreffend Sockelangebot nur, falls die neue Parkieranlage nicht rechtzeitig erstellt ist) und der Richtplan angepasst werden muss. Diese Anpassung ist dem Amt für Gemeinden und Raumordnung zur Genehmigung zu unterbreiten.

Schlussabstimmung

Der Rat stimmt dem gemäss den obigen Beschlüssen abgeänderten Sachplan Parkierung auf den Allmenden mit 37 : 31 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

Mit Ja stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Michael Burri, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Andreas Krummen, Lilo Lauterburg, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher,

Nico Lutz, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch, Ursula Rudin-Vonwil, Barbara Spörri, Sylvia Spring Hunziker, Michael Straub, Ueli Stückelberger, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Peter Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos-Keller, René Zimmermann, Andreas Zysset

Mit Nein stimmten:

Ernst Aebersold, Thomas Balmer, Arnold Bertschy, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Marcel Eyer, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Mario Marti, Christoph Müller, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Christoph Stalder, Ernst Stauffer, Hans Ulrich Suter, Katharina Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Enthaltungen:

Walter Christen, Edith Madl Kubik, Franco Sommaruga

Eingänge

Es werden eingereicht und dem Gemeinderat überwiesen eine dringliche und drei ordentliche Interpellationen und eine Kleine Anfrage, nämlich

Dringliche Interpellation Hans Ulrich Gränicher (SVP): Zonen- und Bauklassenplan Von-Roll-Areal; Grundlage für die rasche Realisation eines multifunktionalen Wohn-, Gewerbe- und Dienstleistungszentrums

Wie der Berner Tagespresse entnommen werden konnte, soll auf dem Von-Roll Gelände ein neues attraktives, multifunktionales Verkaufs-, Gewerbe- und Dienstleistungszentrum realisiert werden. Zusätzlich geplant ist der Bau von rund 200 neuen Familienwohnungen. Eine breit abgestützte Investorengruppe will insgesamt 150 - 200 Mio. Franken investieren und auch rund 800 neue Arbeitsplätze in verschiedenen Branchen schaffen. Entsprechende Vorverträge und die dazugehörenden Projektpläne liegen bereits vor.

Der Konkurrenzdruck der umliegenden Regionen und Kantone ist enorm gross und dementsprechend stark umworben ist die Investorengruppe. Dies zwingt die Stadtberner Behörden zu raschem Handeln. Das Von-Roll-Areal ist ideal erreichbar, sowohl mit den öffentlichen und auch den privaten Verkehrsmitteln, zudem liegt es in unmittelbarer Nähe städtischer Wohnquartiere, so dass sehr viele Besucherinnen und Besucher das Zentrum zu Fuss oder mit dem Velo aufsuchen können. Das Vorhaben entspricht deshalb in jeder Hinsicht den Entwicklungsabsichten gemäss STEK und erfüllt alle umweltrelevanten Vorgaben.

Berechnungen ergeben, dass nach der Realisation des Zentrums Von-Roll-Areal ein jährlicher Steuerertrag von ca. 10 Mio. Franken erwartet werden darf. In Anbetracht der gegenwärtigen Finanzlage der Stadt Bern ein nicht zu verachtender Beitrag zur Gesundung der Stadtfinanzen. Zudem setzt die Überbauung des Von-Roll-Areals positive Akzente für den Wirtschaftsstandort Bern.

Der Zonen- und Bauklassenplan Von-Roll-Areal bildet die rechtliche und planerische Grundlage für ein rasches Realisieren dieses attraktiven multifunktionalen Wohn-, Gewerbe- und Dienstleistungszentrums. Er muss aber noch den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern der Stadt Bern zur Genehmigung unterbreitet werden. Wie aus dem Umfeld der Investoren zu erfahren ist, muss der Standortentscheid noch in diesem Jahr fallen, sonst droht die Realisation des Projekts zu scheitern oder aber es wird andernorts gebaut.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichnenden den Gemeinderat um baldmögliche Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die Überarbeitung des Zonen- und Bauklassenplans Von-Roll-Areal noch in diesem Jahr rechtskräftig verabschiedet werden kann?
2. Laut Presseberichten soll der Zonenplan Von-Roll-Areal im November 1999 den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zum Entscheid vorgelegt werden. Ist in Anbetracht der Dringlichkeit kein früherer Termin denkbar?
3. Wie will der Gemeinderat vorgehen, wenn sich das planerische Verfahren verzögern sollte, um die Realisation des Von-Roll-Areals trotzdem zu ermöglichen?

Begründung der Dringlichkeit:

Die politische Diskussion des Planungsvorhabens Von-Roll-Areal muss jetzt stattfinden, sonst droht die Realisation zu scheitern.

Bern, 4. Februar 1999

Hans Ulrich Gränicher (SVP) Margrit Thomet, Rolf Häberli, Erich Ryter, Peter Linder, Thomas Fuchs, Rudolph Schweizer, Beat Schori

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Interpellation Mario Marti (JF): Skinheads in der Stadt Bern: Welche nachrichtendienstlichen Konsequenzen zieht die Stadtpolizei?

In der Nacht auf Samstag, den 30. Januar 1999, kam es in der Stadt Bern angeblich einmal mehr zu Übergriffen von Neonazis und Skinheads. Laut Medienberichten soll die Soltermann-Schlosserei an der Marzilistrasse 3, in welcher die sogenannte Wohngemeinschaft „Solterpolter“ wohnt, von ca. 30 Randalierern überfallen worden sein. Die Stadtpolizei sprach in diesem Zusammenhang von einem vermehrten Auftreten von Skinheads in der Stadt Bern. Ähnliche Beobachtungen werden von der Bundespolizei gemacht.

Nur gut eine Woche vorher, an seiner Sitzung vom 21.1.1999 überwies der Stadtrat ein interfraktionelles Postulat von Nico Lutz (JA!), Raymond Anliker (SP) und Bernhard Pulver (GFL). Dieses verlangt die Abschaffung des Nachrichtendienstes der Stadtpolizei. Eine Aufgabe dieses Dienstes war unter anderem die Hilfe zur vorsorglichen Verhinderung von Straftaten. Dazu wurden auch Informationen über extreme, gewaltbereite Gruppierungen gesammelt und ausgewertet. Mit der vom Stadtrat beschlossenen Abschaffung dieses Dienstes stellt sich die Frage, wie künftig extremistische Gewaltexzesse von der Polizei wirksam vorsorglich verhindert werden können.

In diesem Zusammenhang wird der Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Hatte die Stadtpolizei vorgängig Hinweise, die auf einen möglichen rechtsextremen Überfall auf die Soltermann-Schlosserei hindeuteten?
2. Beobachtete die Stadtpolizei in den letzten Jahren und Monaten die rechtsextreme Szene und sammelte sie diesbezüglich Informationen?
3. Wird eine präventive Tätigkeit der Stadtpolizei im Sinne einer vorbeugenden Informationssammlung, die derartige extremistische Übergriffe verhindern könnte, in Zukunft, d.h. ohne speziellen Nachrichtendienst, noch möglich sein?
 - Wenn ja, wie?
 - Wenn nein, wie will der Gemeinderat derartigen extremistischen Übergriffen wirksam vorbeugen?

Bern, 4. Februar 1999

Mario Marti (JF), Adrian Haas, Stephan Hügli, Ueli Haudenschild, Kurt W. Weyermann, Heinz Rub, Markus Blatter, Thomas Balmer, Urs Jaberg, Hans-Ulrich Suter, Christoph Müller, Katharina Suter, Christoph Stalder, Ernst Aebersold

Interpellation Mario Marti (JF): English for Kids: Wie steht die Schuldirektion zum Angebot der Volkshochschule?

Die Volkshochschule Bern bietet neuerdings Englischkurse für Unterstufenschülerinnen und -schüler an. Bereits ab der 1. Klasse können Kinder in den freiwilligen Genuss von Englischunterricht kommen. Das Angebot wird unabhängig von den Volksschulen angeboten und kostet die Eltern Fr. 177.00 für 9 Lektionen à je 1,5 Stunden. Der Unterricht findet in den Schulzimmern der öffentlichen Schule statt. Die Lehrkräfte werden von der Volkshochschule gestellt. Nachdem ein erster Versuch im Schulhaus Manuel offensichtlich erfolgreich war und auf eine grosse Nachfrage stiess, plant die Volkshochschule den Ausbau ihres Angebots.

Sie startete deshalb eine Umfrage unter den Schulleitungen und den Schulkommissionen der verschiedenen städtischen Schulkreise. Darin wird nach der Einstellung der Schulbehörden gegenüber diesem Projekt gefragt.

Es ist erwiesen, dass Kinder in jungem Alter auf spielerische Art und Weise Sprachen leicht erlernen können. Es fällt ihnen weitaus leichter, eine Fremdsprache zu erlernen, als dies bei ihren älteren Kolleginnen und Kollegen der Fall ist. Ein frühzeitiges Erlernen von Fremdsprachen ist deshalb in jedem Fall lobens- und unterstützenswert. In diesem Sinne verdient auch der Kurs „English for Kids“ der Volkshochschule grosse Unterstützung.

Allerdings stellt sich die Frage, wie die öffentliche Schule auf dieses Angebot reagiert. Immerhin ist es denkbar, dass fortan im ordentlichen Englischunterricht grosse Niveauunterschiede unter den Kindern, je nachdem ob sie in früheren Jahren den Kurs „English for Kids“ besucht haben oder nicht, bestehen. In diesem Fall müsste der Unterricht wohl den verschiedenen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schülern angepasst und in Niveaus unterrichtet werden.

In diesem Zusammenhang stellen sich somit einige Fragen, deren Beantwortung durch den Gemeinderat erbeten wird:

1. Wie ist die Haltung der Schuldirektion zum Angebot „English for Kids“ der Volkshochschule Bern?
2. Bestehen Vorstellungen, wie den unterschiedlichen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler im ordentlichen Englischunterricht der Volksschule entsprochen werden soll?
3. Ist der Gemeinderat auch der Meinung, dass Fremdsprachen möglichst früh in der Schule erlernt werden sollten? Wenn ja, welche Möglichkeiten der Förderung bestehen für die Stadt diesbezüglich?
4. Besteht die Gefahr, dass die englische Sprache auch an unseren Schulen immer mehr die französische Sprache verdrängt? Wenn ja, welche Massnahmen können dagegen unternommen werden?
5. Besteht zwischen der Stadt und der Volkshochschule ein Mietverhältnis für die durch letztere benützten, städtischen Schulzimmer? Wenn ja, welche Einnahmen resultieren dadurch für die Stadt, resp. sind zu erwarten?

Begründung der Dringlichkeit:

Die Umfrage der Volkshochschule ist im vollen Gange. Mit dem Beginn einer breiten Einführung von Englischkursen für Kinder auf der Unterstufe drängt sich die Frage nach einer klaren Stellungnahme der Schuldirektion und eingehende Überlegungen bezüglich der Auswirkungen auf die öffentliche Schule auf.

Bern, 4. Februar 1999

Mario Marti (JF), Christoph Müller, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Stephan Hügli, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Heinz Rub, Ernst Aebersold, Annemarie Lehmann, Markus Blatter, Kurt W. Weyermann, Thomas Balmer, Urs Jaberg

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Interpellation Hans Peter Riesen (SD): Neue Kaderstelle / Sonderrecht für Ex-Gemeinderätin

Wie aus der Berner Presse zu vernehmen war, hat sich für die ausgeschriebene Kaderstelle bei der städtischen Liegenschaftsverwaltung unter anderen auch die ehemalige Gemeinderätin Theres Giger beworben. Gemäss der Erklärung von Maria Holzer, Vorsteherin der städtischen Liegenschaftsverwaltung, werden Theres Giger grosse Wahlchancen eingeräumt, da

Theres Giger bereits im Gemeindedienst angestellt sei und deshalb grosses Wissen mitbringe.

Nachdem Theres Giger als Gemeinderätin abgewählt wurde und diese dann vom Gemeinderat wieder in eine gut bezahlte Stelle angestellt wurde, erregte dies die Öffentlichkeit sehr. Unverständlich ist nun die Absicht des Gemeinderats, Theres Giger schon wieder in eine neue Kaderstellung zu befördern. Im Stadtrat hatte sich Theres Giger, damals noch als Stadtratsmitglied, für sowenig Staat wie möglich engagiert. Nun will man ausgerechnet Theres Giger soviel Staat, wie noch nie zuvor einem abgewählten Gemeinderatsmitglied gewährt wurde, anbieten. Die Mitteilung in der Presse hat viele Bürgerinnen und Bürger sowie Arbeitslose empört.

Unbestritten ist die Tatsache, dass die Liegenschaftsverwaltung effizienter geführt werden muss, als dies in der Vergangenheit geschehen ist.

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten, die nachstehenden Fragen zu beantworten:

1. Ist sich der Gemeinderat ob der Brisanz dieser neuerlichen Anstellung bewusst?
2. Wie will er einem nochmaligen Vorwurf von Sonderrecht begegnen?
3. Will der Gemeinderat auf seinen beabsichtigten Entscheid zurückkommen?

Begründung der Dringlichkeit:

Die mögliche Einstellung von Theres Giger innerhalb der städtischen Liegenschaftsverwaltung hat in breiten Bevölkerungskreisen Erstaunen ausgelöst. Die Bevölkerung hat das Recht, dass die vorerwähnten unbequemen Fragen rasch beantwortet werden. Auf Grund der raschen Abwicklung der Anstellungsmodalitäten ist die Dringlichkeit begründet.

Bern, 4. Februar 1999

Hans Peter Riesen (SD), Peter Bühler, Alfred Jordi

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Kleine Anfrage Adrian Haas (FDP): Altstadtsanierung während der EXPO?

Im Sommer des Jahres 2001 sollen offenbar die Gerechtigkeitsgasse und die Kramgasse total saniert werden. Praktisch gleichzeitig mit der Sanierung findet (so Gott will) vom 3.5. bis am 29.10. die EXPO 2001 statt, welche (hoffentlich) auch für die Altstadt von Bern zusätzliche Besucherinnen und Besucher bringt.

Der Gemeinderat wird deshalb um die Beantwortung der folgenden Fragen ersucht:

1. Hält der Gemeinderat den Sanierungstermin auch aus touristischer Sicht für geeignet?
2. Wäre allenfalls eine (Vor-)Verschiebung denkbar?

Bern, 4. Februar 1999

Adrian Haas (FDP), Annemarie Lehmann, Kurt W. Weyermann, Thomas Balmer, Hans-Ulrich Suter, Christoph Stalder, Christoph Müller, Katharina Suter, Mario Marti, Ueli Haudenschild, Urs Jaberg, Stephan Hügli, Markus Blatter

Schluss der Sitzung: 22.45 Uhr

Namens des Stadtrats:

Der Präsident: *Rolf Häberli*

Die Protokollführerin: *Jeannette Steiner*